OTTO THEISEN

Aus der Eröffnungsrede

Gesundheit und Recht – das Generalthema unserer Gespräche umfaßt ein sehr weites Feld. Es ist viel weiter als die Gesundheitsvorsorgereform zu bestellen aufgibt.

Gesundheit und Recht – zur Gesundheitsvorsorgereform in der Bundesrepublik Deutschland lautet das Thema für eine Gesellschaft für Rechtspolitik. Man fühlt sich stärker an den zweiten Teil des Wortes Rechts-Politik bei dieser Aufgabe erinnert. Das Thema liegt stärker bei der Politik. Näher beim ersten Teil des Wortes lägen Themen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das geltende, möglichst dicht ausformulierte Regelungsgefüge des Rechts hinsichtlich einzelner Facetten zu ändern. Dabei haben die Juristen das Wort, die in erster Linie Jurist und weniger der Entwicklung zu einem veränderten (verbesserten) Recht verschrieben sind.

Der politisch geprägte Jurist, vergleichbar auch der politisch interessierte Arzt – Mediziner – aber auch der politische interessierte anderer Berufsgruppen will die Gestaltung. Der politisch geprägte Jurist erscheint mir unverzichtbar, wenn es um Aufgaben geht, die die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung einschließlich der Wirtschaftsordnung betreffen. Da ist zwar auch, aber nur neben anderem, der Rechtsanwender gefragt. Die Hauptsache ist die Gestaltung.

Als ich die ersten BITBURGER GESPRÄCHE im Jahre 1972 für die Gesellschaft für Rechtspolitik eröffnen konnte, ging es um das Thema „Freiheit und Verantwortung“. Wie kein anderes war es in die Politik, insonderheit die Rechtspolitik, mit spezieller Betonung des Politischen eingebunden. Wir haben in bisher 31 BITBURGER GESPRÄCHEN der Themenstellung und damit unserer Aufgabe nach einmal näher bei der Politik, ein anderes Mal näher beim geltenden Recht gelegen. Es war für mich und viele Teilnehmer mit den Händen zu greifen, daß unter den Teilnehmern unterschiedliche Empfindungen vorherrschen. Die einen waren mehr angetan von einem politiknahen Thema, während andere ein politikfernes Thema vorzogen.

Unsere heutige Aufgabe liegt so sehr nahe bei der Politik. Es behandelt die Gesundheitsvorsorge und fragt folglich danach, wie eine gerechte freiheitliche soziale Ordnung dafür gestaltet werden soll.

Wir haben diese Frage bereits bei den BITBURGER GESPRÄCHEN im Januar dieses Jahres gestellt sowie Gestaltungsgrundlagen und Regelungselemente erörtert. Unsere heutige Veranstaltung stellt eine Fortsetzung des Januargesprächs dar, besonders deshalb, weil weder das Krankenhaus – sieht man von den Besonderheiten von Krankenhäusern in kirchlicher oder frei gemeinnütziger Trägerschaft ab – noch die

Privatversicherung zur Erörterung gestellt waren. Die beiden Veranstaltungen von Januar und heute wollen zusammen die Gestaltungselemente und Prinzipien offenlegen. Die Referate beider Veranstaltungen werden im Jahrgangsband der BITBURGER GESPRÄCHE im Verlagshaus Beck veröffentlicht. Ich denke, daß die Diskussion um die Gesundheitsvorsorgereform auch dadurch bereichert wird.

Prinzipien und Gestaltungselemente der Reform sind in dem Einleitungsvortrag von *Detlef Merten* herausgestellt. Sie werden uns auch bei der heutigen Veranstaltung ständig begleiten.

Aus der damaligen Veranstaltung darf ich einige Schwerpunkte nachvollziehen:

Da geht es zunächst um das Soziale in unserer Lebensordnung, die sich als freiheitliche Ordnung Kraft Verfassung versteht. In einer Veranstaltung, die sich mit dem Sozialstaat befaßt, verdient hervorgehoben zu werden, daß das Prädikat „sozial“ gewiß nicht allein vom Umfang des Sozialbudgets abhängt. Ein noch so umfangreiches Sozialbudget könnte soziale Kälte, könnte auch einen Mangel an mitmenschlicher Hinwendung zum Nächsten nicht ausgleichen. Das Sozialbudget könnte als Alibi für fehlende persönliche Zuwendung stehen. Der Kerngehalt des Sozialen ist und bleibt die menschliche Zuwendung. Lassen Sie mich an dieser Stelle das Gleichnis vom Samariter erwähnen, nachdem der Wandersmann unter die Räuber geraten war. Die Frage, wer denn sein Nächster sei, beantwortet sich nicht nur von selbst. Die Antwort zeigt auch auf, daß Lebensgewohnheiten, ja daß der Umgang mit dem sozialen und christlichen Anliegen nach dem Nächsten, moralische Fehlentwicklungen aufweisen können.

Die Qualität des Sozialstaats hängt also nicht allein vom Umfang des Sozialbudgets ab, sondern auch von dem Grad der mitmenschlichen Hinwendung, wenn auch ausreichende Mittel für die Realisierung eines mitmenschlichen Klimas erforderlich sind.

Es ist heute eine über die politischen Parteien hinaus verbreitete, wenn nicht bereits allgemeine Überzeugung, daß die Grenzen des Sozialstaates in Deutschland in finanzieller Hinsicht wenn nicht überschritten, so doch erreicht sind. Die Lohnnebenkosten als Beispiel dürften für die Arbeitslosigkeit mit ursächlich sein. Sie müssen verringert werden. Man hört es aus den verschiedenen politischen Lagern. Ein Sozialstaat, der das Sozialbudget aufbläht, bis Wohltat zur Plage wird, weil Arbeitsplätze sterben verdient seinen Namen nicht. Dieser Entwicklung Einhalt gebieten, heißt auch, die Kosten der Gesundheitsvorsorge zu dämpfen.

In den BITBURGER GESPRÄCHEN im Januar wurde auf zahlreiche Mißbräuche hingewiesen, die zu nicht tragbaren Kostenbelastungen führen. Ein herausgehobener Teilnehmer der Ärzteschaft beklagte als Beispiel den, wie er es nannte „Kur-Urlaub“. Mißbrauch auf Seiten von Ärzten und von Patienten führen zu solchen Entwicklungen.

Vielleicht sollten wir uns stärker als das bisher geschehen ist auf die Grundlagen der Rechtsordnung in der Verfassung besinnen. Daß wir in einem freiheitlichen Staat leben in einer von Verfassungs wegen unabänderlichen Freiheitsordnung die zu einem unaufhebbaren Spannungsfeld zwischen Freiheitsordnung und Sozialordnung führt, sollten wir bedenken. Dieses Spannungsfeld muß unter Berücksichtigung der Gegebenheiten von Fall zu Fall zum Ausgleich gebracht werden, ohne eines der tragenden Prinzipien aufzugeben. Freiheit und Verantwortung sind Grundlagen unserer Lebensordnung.

Die BITBURGER GESPRÄCHE blicken dabei auf ihre Anfänge zurück wenn sie dies auch für die Gesundheitsvorsorgereform reklamieren.

Ob da die Selbstbeteiligung eine abseits liegende Erwägung ist? Ob sie nicht zur Mitverantwortung in Freiheit führt? Ob es nicht angezeigt ist, ein Abrechnungsverfahren zu erörtern, das dem einzelnen Patienten vor Augen führt, welches Stück vom Gesundheitsvorsorgekuchen er gerade verzehrt? Und ob die bloße Erkenntnis nicht Elemente der Eigenverantwortung wachruft?

Stellt es wirklich eine Quadratur des Kreises dar, die Kosten der Gesundheitsvorsorge zu zähmen und die medizinische, therapeutische sowie pharmazeutische Entwicklung nicht zu hemmen, sondern zu fördern?

Wir sind bei diesen Gesprächen wie bei den letzten auch auf der Suche. Unseren Pirschgang beginnen wir mit Zahlen. Wir wollen wissen, wie sich die Daten der Gesundheitsvorsorge finanziell niederschlagen, wie sie sich auswirken auf die Volkswirtschaft. Schon in seinem Einleitungsvortrag im Januar hatte sich Merten auf Feststellungen abgestützt, die von dem Bayreuther Wirtschaftswissenschaftler Professor Oberender untersucht worden waren. So freut es mich ganz besonders, das Original zu hören. Professor Dr. Oberender wird uns einen Einblick in die wirtschaftswissenschaftliche Relevanz des Gesundheitsvorsorgebudgets geben.

Danach hören wir den Brüsseler Anwalt Herr *Dr. Maassen*. Ob man es begrüßt oder beklagt, es steht für uns alle fest, daß die Europäische Rechtsordnung in Angelegenheiten des allgemeinen Rechts jedes Mitgliedstaates ein gehöriges Wort mitzureden hat. Ich beklage das nicht, ich begrüße es. Ohne ein gehöriges Stück Rechtseinheit ist eine Europäische Union nicht möglich, die wir im Interesse des Friedens in unserer Europäischen Region und im Interesse der Wohlfahrt aller dringend benötigen.

Die erste Anregung, das Thema der Grenzen von Eingriffsbefugnissen auch unter Gemeinschaftsrecht zu untersuchen, stammt von keinem Geringerem als Generalanwalt Professor *Dr. Carl-Otto Lenz*. Ich bin sehr froh, in Herrn *Dr. Maassen* einen Juristen von hoher Sachkompetenz gefunden zu haben, um so Aspekte herauszuarbeiten, die beim Blick durch die Brille des vorurteilsfreien politischen Machers verlorenzugehen drohen.

Wir wollen danach die Dritte Stufe der Reform kennenlernen und behandeln. In diese Aufgabe wird uns Herr Professor *Dr. Gitter* einführen, dessen Sachkompetenz hoch anerkannt ist, so wie wir bei den Gesprächen im Januar und heute überhaupt auf die allererste Garnitur der Sozialrechtswissenschaft zurückgegriffen haben. Ich bin glücklich, Herrn Gitter hören zu können.

Unserem Gespräch hätte es gutgetan, wenn es durch Referate der Parteien des Deutschen Bundestages bereichert worden wäre. Es hätte auch Nutzen gebracht, einen Bericht des Vorsitzenden des Gesundheitspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages über die Ausschubarbeit zu hören. Daß unsere Tagung in eine sitzungsfreie Zeit des Deutschen Bundestages fällt, ist Anlaß dafür, uns diese Wohltat zu entziehen. Sie läßt sich indes verschmerzen, weil die parteipolitischen Erkenntnisse und Kampfaussagen ohnehin im Drucksachenapparat des Bundesparlaments nachgelesen werden können. Auch die Protokolle des Bundesrates können nachgelesen werden, um zu

erkennen, ob und wo Reformverweigerung vorliegt. Man wird also eine komplette Darstellung der Grundlagen, der Gestaltungselemente und der parteipolitischen Kampfmeinungen über sie dann erheben, wenn in Kürze das Beck'sche Druckwerk unserer beiden Veranstaltungen von Januar und heute neben die parlamentarischen Protokolle gelegt wird. Dazu lade ich schon heute ein.

Wir setzen also unsere Veranstaltung am Freitagvormittag mit einer Analyse des Krankenhauswesens fort, die von Herrn *Wagener* von der Deutschen Krankenhausgesellschaft vorgetragen und vertreten wird. So gewinnen wir die Zeit, um ausführlich über die Einzelprobleme des Krankenhauses zu sprechen. Wir gewinnen auch die Zeit, um die verfassungsrechtlichen Aspekte der Krankenhausreform darstellen und vertreten zu lassen. Dafür haben wir den Trierer Staatsrechtslehrer, Sozialrechtslehrer, Rechtsphilosophen und Rechtshistoriker Professor *Dr. Peter Krause* gewonnen, auf den wir uns freuen dürfen.

Es liegt nicht an den Veranstaltern, daß das für die Gesundheitsvorsorgereform wichtige Thema der Privatversicherung erst am dritten Tag zur Besprechung ansteht. Das Thema wird insgesamt von einem allerersten Fachmann, Herrn *Dr. Christoph Uleer*, dargestellt und vertreten.

Man kann bereits heute sagen, daß wir mit der jetzt beginnenden Veranstaltung das Thema der Gesundheitsvorsorgereform abrunden und zur Sozialwissenschaft, insbesondere zur Sozialrechtswissenschaft, aber auch zur politischen Gestaltung beitragen. Es wird sich zeigen, das Thema unserer heutigen Veranstaltung auf die Tagesordnung zu setzen, war ein guter Griff.

Den bei BITBURGER GESPRÄCHEN üblichen politischen Schlußvortrag hat ein Arzt übernommen, der Präsident des Landtags des Freistaates Thüringen, Herr *Dr. Frank Michael Pietzsch*. Vielleicht wird uns dieser Vortrag noch neue Erkenntnisse vermitteln. Erkenntnisse zur Gesundheitsvorsorge in den „neuen“ Bundesländern und was die Menschen davon halten. Ich bin gespannt auf diese Ausführungen.

Die 32. BITBURGER GESPRÄCHE, die in unserem Tagungshaus in Oberfranken im schönen und erfolgreichen Freistaat Bayern stattfinden, sind eröffnet.